



	am	TOP
VA	27.11.18	
FA		

2018-10-29

**Antrag: Fortführung von PACE**

Die SPD-Fraktion beantragt: Die Stadt Celle führt das Pro-Aktiv-Center (PACE) fort und stellt unverzüglich einen entsprechenden Förderantrag bei der NBANK.

**Begründung:**

PACE bietet individuelle Einzelfallhilfe für junge Menschen in problematischen Lebenslagen an. Ziele sind soziale Stabilisierung, Bewältigung des Lebensalltags und die Schaffung von Alltagsstrukturen, die zur Verbesserung der Ausbildungs- und Beschäftigungsfähigkeit führen. So konnten seit dem Jahr 2005 325 junge Menschen durch dieses Projekt ihren Hauptschulabschluss absolvieren und eine noch viel größere Anzahl von Personen in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse oder Ausbildungen vermittelt werden.

Gegen die Empfehlung des zuständigen Fachausschusses hat der Verwaltungsausschuss die Einstellung dieses erfolgreichen Projektes beschlossen. Als Begründung wurde u.a. angeführt, dass der Landkreis seine Beteiligung einstellt, da er ab dem Jahr 2019 eine Jugendberufsagentur plant.

Für eine Jugendberufsagentur gibt es aber immer noch kein Konzept beim Landkreis Celle. Es ist auch auf Kreisebene völlig fraglich, wie der beschlossene Verlust von PACE durch die Jugendberufsagentur komprimiert werden kann und soll.

Erschwerend kommt hinzu, dass der Jugendhilfeausschuss des Landkreis Celle in seiner Sitzung vom 25.09.2018 die Gründung einer Jugendberufsagentur (Beschlussvorlage 0109/2018) ablehnte.

Mit PACE haben wir für die Stadt Celle ein Projekt mit einem erfolgreichen Konzept, welches bei entsprechender Beantragung zu geringen Eigenkosten ohne Probleme nahtlos - auch ohne Beteiligung des Landkreises - fortgeführt werden kann.

Bei PACE fließen bis zu 90% der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Land Niedersachsen ein.

Der Oberbürgermeister der Stadt Celle sicherte in öffentlicher Sitzung dem Rat der Stadt Celle zu, dass trotz der Abgabe der Jugendhilfe keine qualitativen Verluste für die Stadt zu erwarten sind. Durch die aktuellen Entwicklungen in den politischen

Gremien des Landkreises ist eine qualitative Angebotsverschlechterung nicht auszuschließen.

Der Landkreis ist noch mitten in der Verhandlung mit den anderen beiden Trägern, die an der Gründung einer Jugendberufsagentur beteiligt sein sollen. Konzepte müssen erst noch geschrieben werden und mit Leben gefüllt werden.

Es besteht eindeutig die Gefahr, dass das so wichtige Betätigungsfeld problematische Jugendliche in die Ausbildungs- und/oder Beschäftigungsfähigkeit zu führen, ab dem 01.03.2019 „einschläft“ und nicht mehr vorgehalten wird. Dies gilt es zu verhindern!



Patrick Brammer

Fraktionsvorsitzender



Christoph Engelen

Vorsitzender  
Jugendhilfeausschuss